

NRW muss funktionieren: Bilanz der Landesregierung zeigt strukturelle Defizite bei Familie, Beruf, Pflege, Gleichstellung und Integration

Drucksache 18/19791 · eingebracht 2026-06-09 – Antragsteller: **SPD**

Soziales

Gesundheit

Gleichstellung

Integration

Arbeitsmarkt

ZUSAMMENFASSUNG

Die SPD-Fraktion legt eine kritische Bilanz der schwarz-grünen Landesregierung vor und fordert eine umfassende Kurskorrektur in den Bereichen Familie, Beruf, Pflege, Gleichstellung, Integration und Gesundheit, um strukturelle Ungleichheiten und Versorgungsdefizite zu beheben.

KERNFORDERUNGEN

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt ungelöst
- Lohnungleichheit und Teilzeitarbeit werden nicht bekämpft
- Kinderarmut und Langzeitarbeitslosigkeit steigen
- Pflegesystem ist unterfinanziert und bricht zusammen
- Seelische Gesundheit und Einsamkeit werden vernachlässigt
- Integrationsinfrastruktur wird geschwächt

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag verortet systemisch die Verletzung zentraler Gemeinwohl-Werte: Soziale Gerechtigkeit (D4) durch Kinderarmut, Lohnungleichheit und Pflegekosten; Solidarität (D2) durch fehlende Unterstützung für pflegende Angehörige und Geflüchtete; Ökologische Nachhaltigkeit indirekt über Gesundheitsversorgung (D3); Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch Kritik an fehlender Strategie und Partizipation. Kein Feld weist negativen Rating auf; alle kritisierten Defizite entsprechen direkten Verstößen gegen GWÖ-Matrix-Felder wie D4 (Soziale öffentliche Leistung), D2 (Solidarische Infrastruktur) oder E4 (Zukunftsfähige soziale Sicherung).

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Systemische Analyse der strukturellen Defizite
- Konkrete Datenbasis und Quellenangaben
- Klare Verknüpfung von Problemen und Forderungen
- Starke Übereinstimmung mit SPD- und Grünen-Wahlprogrammen

Schwächen

- Keine konkreten Finanzierungsmodelle genannt
- Keine klare Abgrenzung zwischen Landes- und Bundeskompetenzen
- Einzelne Formulierungen wie 'Profit statt Versorgung' wirken parteipolitisch aufgeladen

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	++	++	++	++	+
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	++	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +5

Kitaplätze, Gleichstellungspolitik, Lohnatlas ohne Folgen

D1 Menschenwürde im Alltag Bewertung: +4

Kinderarmut, Einsamkeit, seelische Gesundheit

D2 Solidarische Infrastruktur Bewertung: +4

Pflegende Angehörige, Integrationsberatung, housing first

D3 Gesundheit als Gemeingut Bewertung: +4

Hausärztemangel, Psychotherapie-Wartezeiten, Prävention

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag ist eine direkte Umsetzung des SPD-Wahlprogramms 2022: Kinderarmut als Schwerpunkt ([Q12], [Q15]), Tariftreue und faire Arbeitsbedingungen ([Q11]), Gleichstellung als Querschnittsthema ([Q12], [Q15]), Ausbau der Kurzzeit- und Tagespflege ([Q14]), housing first ([Q12]), sowie die Bekämpfung von Lohnungleichheit und Teilzeitarbeit ([Q11], [Q15]). Alle Kernforderungen spiegeln wörtlich die Wahlprogramm-Ziele wider.

„Housing first Wir unterstützen das Konzept „housing first“ zur unmittelbaren Bekämpfung von Wohnungslosigkeit.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 76

„Langfristige Finanzierung der Demenz- und Wohnberatungsstellen Demenz- und Wohnberatung sind unabdingbar, damit pflegebedürftige oder von Pflegebedürftigkeit bedrohte Menschen so lange wie möglich im vertrauten eigenen Wohnumfeld leben können.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 77

PARTEIPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht dem Hamburger Programm: Soziale Gerechtigkeit als Grundwert ([Q16]), Arbeit als Teilhabe ([Q20]), Familienpolitik als gesellschaftliche Aufgabe ([Q17]), und den vorsorgenden Sozialstaat ([Q18]). Einzig die explizite Erwähnung von Vermögenssteuer fehlt — aber die Forderung nach wirksamer Armutsbekämpfung impliziert Umverteilung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU

WAHLPROGRAMM

3/10

Der Antrag widerspricht zentralen CDU-Prioritäten: Kritik an Bürokratieabbau ([Q3]), Ablehnung von Tariftreue ([Q3]), Betonung von Eigenverantwortung statt staatlicher Intervention ([Q3], [Q10]). Die Forderung nach höheren Eigenanteilen in der Pflege steht im Widerspruch zur CDU-Forderung nach Entlastung. Keine Übereinstimmung mit 'Null-Toleranz' oder Sicherheitsfokus.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

Der Antrag widerspricht dem CDU-Grundsatzprogramm: Starker, aber begrenzter Staat ([Q6], [Q9]), Subsidiarität ([Q6]), Leistungsprinzip ([Q8]). Die Forderung nach umfassender staatlicher Verantwortung für Vereinbarkeit, Pflege und Integration widerspricht dem CDU-Menschenbild der Eigenverantwortung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag deckt sich weitgehend mit grünen Kernzielen: Gleichstellung als Querschnittsthema ([Q23]), psychosoziale Krisenhilfe ([Q24]), dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ([Q25]), regionale Wertschöpfungsketten ([Q26]), und gleichberechtigtes Miteinander ([Q24], [Q29]). Die Kritik an fehlender Strategiekoordination entspricht der grünen Forderung nach integrierter Politikgestaltung.

„Wir sorgen dafür, dass die Interessen und Bedarfe von allen Geschlechtern bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 97

PARTEIPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht dem grünen Grundsatzprogramm: Sozial-ökologische Transformation ([Q28]), Gleichberechtigung ([Q29]), Stärkung der professionellen Pflege ([Q27]), und gleiche Bezahlung ([Q29]). Die Forderung nach einer Kurskorrektur in der Gesundheitspolitik korrespondiert mit der grünen Forderung nach einem Kulturwandel in der Geburtshilfe und Pflege ([Q27]).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

1/10

Der Antrag widerspricht fundamental dem FDP-Wahlprogramm: Kritik an Bürokratieabbau ([Q3]), Ablehnung von Marktmechanismen zugunsten staatlicher Planung ([Q3], [Q4]), Forderung nach stärkerem Staat statt 'slim government' ([Q4]). Die Forderung nach mehr staatlichen Investitionen in Pflege und Gesundheit widerspricht der FDP-Position 'Privat vor Staat'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

0/10

Der Antrag widerspricht allen zentralen AfD-Positionen: Förderung von Migration und Integration ([Q12], [Q25]), Ablehnung von 'Remigration', Kritik an 'Abschiebungen', Forderung nach mehr Mitteln für Geflüchtete. Die Betonung von Gendergleichstellung widerspricht der AfD-Kritik an 'Gender-Ideologie'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine umfassende Kurskorrektur in der Arbeits-, Sozial-, Integrations- sowie Gesundheitspolitik vorzunehmen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum 30.09.2026 einen ****konkreten Aktionsplan mit messbaren Zielen, Zeitplänen und Haushaltsmitteln**** für eine umfassende Kurskorrektur in der Arbeits-, Sozial-, Integrations- sowie Gesundheitspolitik vorzulegen.

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (GWÖ-Feld E5): macht Verantwortung konkret, ermöglicht Bürger:innenkontrolle und parlamentarische Begleitung.

Vorschlag 2 von 3

Original: Pflege-Insolvenzen auf NRWs Tagesordnung

Pflege-Insolvenzen auf NRWs Tagesordnung – ****die Landesregierung soll ein Soforthilfeprogramm für akut gefährdete Pflegeeinrichtungen auflegen und die Investitionskosten für ambulante Pflegedienste endlich anpassen****.

Begründung: Stärkt Soziale Gerechtigkeit (GWÖ-Feld D4): adressiert direkt die strukturelle Unterfinanzierung, die zu Insolvenzen führt, und schützt sowohl Pflegebedürftige als auch Beschäftigte.

Vorschlag 3 von 3

Original: Einsamkeitsbekämpfung: In NRW kaum mehr als Symbolpolitik

Einsamkeitsbekämpfung: In NRW kaum mehr als Symbolpolitik – ****die Landesregierung soll eine landesweite Strategie zur Bekämpfung struktureller Einsamkeit erarbeiten, die soziale Infrastruktur (Vereine, Quartierszentren, Nachbarschaftshilfe) finanziell stärkt und die Ursachen wie Armut, Wohnungsnot und fehlende Teilhabe systematisch adressiert****.

Begründung: Stärkt Solidarität (GWÖ-Feld D2) und Menschenwürde (D1): transformiert Symbolpolitik in strukturelle Gemeinwohlpolitik mit klarem Zielbezug auf vulnerable Gruppen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-125

Ja: **SPD** Nein: **AfD** **CDU** **GRÜNE** **△** Enth.: **FDP**

△ Heuchelei (Nein trotz Wahlprogramm-Match $\geq 7/10$)

Original-Antrag

Drucksache 18/19791

NRW muss funktionieren: Bilanz der Landesregierung zeigt strukturelle De-

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

09.06.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

NRW muss funktionieren: Bilanz der Landesregierung zeigt strukturelle Defizite bei Familie, Beruf, Pflege, Gleichstellung und Integration

I. Ausgangslage

Die schwarz-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat sich im Koalitionsvertrag ambitionierte Ziele gesetzt: Gleichstellung als zentrale Leitlinie, der Abbau von Hemmnissen für die Erwerbsbeteiligung von Frauen, verlässliche Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur, faire Arbeitsbedingungen, fürsorgliche Pflege und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Vier Jahre später ist die Bilanz ernüchternd: In nahezu allen zentralen Bereichen bleibt die Landesregierung weit hinter diesen eigenen Ansprüchen zurück. Das hat konkrete Folgen für die Menschen im Land – Familien, Alleinerziehende, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und pflegende Angehörige stehen zunehmend allein vor der Aufgabe, ein immer komplexeres Leben zu organisieren, ohne die notwendige Unterstützung durch das Land zu erhalten. Mit welchen Chancen auf Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen aufwachsen, bleibt weiterhin eine Frage des sozioökonomischen Status der Eltern. Fehlende Kitaplätze, unzureichende Pflegeangebote, fortbestehende Lohnungleichheit und gekürzte Mittel im Bereich Gleichstellung und Integration zeigen: Dieses Regierungsversagen ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer Politik, die Vereinbarkeit und Chancengleichheit zwar verspricht, aber strukturell nicht ermöglicht.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Unter Schwarz-Grün bleibt das ein Wunschtraum!

Auch wenn viele Paare Elternzeit partnerschaftlich aufteilen und Care-Arbeit gerecht organisieren möchten, scheitert dies in der Praxis häufig an den bestehenden Rahmenbedingungen. Vor allem das unzureichende Angebot an Kitaplätzen – inklusive fehlender Notfall- und Ferienbetreuung – zwingt Eltern, insbesondere Frauen, in reduzierte Arbeitszeiten. 91 % der erwerbstätigen Väter arbeiten in NRW in Vollzeit, während es bei den Müttern nur 29,6 % sind. Die Teilzeitquote bei Müttern liegt bei 70 Prozent. Auch die Aufteilung der Elternzeit fällt sehr unterschiedlich zwischen den Geschlechtern aus. Der Väteranteil beim Elterngeldbezug liegt bei lediglich 25 Prozent. Väter planen zudem mit rund 4 Monaten Elterngeldbezug, Frauen mit durchschnittlich 15,1 Monaten.¹ Die Folgen für Frauen sind bekannt: geringere Einkommen, schlechtere Karrierechancen und langfristige Nachteile in der Altersvorsorge.

Vereinbarkeit entscheidet unmittelbar über die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen – und bleibt zugleich eines der größten ungelösten Probleme der Landespolitik. Besonders

¹ Quelle: <https://www.it.nrw/nrw-rund-der-erwerbstaetigen-muetter-und-der-erwerbstaetigen-vaeter-arbeiteten-2025-in-vollzeit>

deutlich wird dies bei den versprochenen „innovativen Projekten“. Trotz klarer Ankündigungen im Koalitionsvertrag bleibt die Umsetzung nahezu aus. Die Landesregierung benennt selbst im Wesentlichen ein einziges neues Projekt seit 2023 („PerMenti NRW“), das bis März 2025 lediglich 159 Frauen erreicht hat. Vielmehr wurden die Mittel im Bereich Gleichstellung sogar um rund 2,8 Millionen Euro gekürzt.² Diese Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität ist gravierend – insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, bei dem gerade die Erwerbsbeteiligung von Frauen eine Schlüsselrolle spielt. Dabei hat sich die Landesregierung selbst ambitionierte Ziele gesetzt. Im Koalitionsvertrag heißt es ausdrücklich, Gleichstellung sei eine „zentrale Leitlinie für unser Handeln und als Querschnittsthema für alle Politikbereiche gleichermaßen relevant“. Gleichzeitig wird zugesichert, Hemmnisse abzubauen und die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen sowie gezielt „innovative Projekte“ gegen ungewollte Teilzeit zu fördern.³

Lohnungleichheiten setzen sich fort!

Die Landesregierung hat zwar den Lohnatlas als Transparenzinstrument eingeführt. Sie selbst betont, dieser schaffe „die Wissensgrundlage für politische Diskussionen“. Doch genau daran knüpft das Problem an: Aus dieser Wissensgrundlage folgen keine konkreten, politischen Maßnahmen. Statt verbindlicher politischer Eingriffe bleibt es bei Dialogformaten und freiwilligen Ansätzen. Gleichzeitig räumt die Landesregierung ein, dass sie nicht einmal systematisch erhebt, ob Unternehmen Maßnahmen gegen Lohnungleichheit ergreifen.⁴ Damit wird ein zentrales Ziel des Koalitionsvertrages – gleiche Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen – faktisch nicht umgesetzt. Die strukturellen Probleme zeigen sich besonders deutlich in den Daten zum Arbeitsmarkt: Frauen sind in Nordrhein-Westfalen weiterhin überproportional häufig in Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung tätig. Laut DGB-Frauenreport entfallen 76,1 % der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitstellen und 59,4 % der Minijobs auf Frauen.⁵ Gleichzeitig besteht ein erhebliches ungenutztes Arbeitskräftepotenzial. Diese Entwicklung ist kein individuelles Problem, sondern Ausdruck fehlender politischer Steuerung.

Junge Menschen bleiben ohne Anschlussperspektive

34.865 Schülerinnen und Schüler hatten 2025 nach der Schule keine Anschlussperspektive.⁶ Und jeder fünfte junge Mensch bleibt in NRW langfristig ohne Berufsabschluss. Ohne formale Qualifikation sind die Berufschancen junger Menschen schlecht. Die Landesregierung weist darauf, dass sie betroffene Schulabgängerinnen und -abgänger nicht im Stich lasse, sondern durch Programme wie „Kein Abschluss ohne Anschluss“ unterstütze.⁷ Trotz steigender Kosten durch Inflation und bei den Trägern hat jedoch jahrelang keine Erhöhung der Mittel für das Programm stattgefunden. Stattdessen wurden zentrale Bestandteile des Programms KAOA in die ESF-Förderung verschoben und damit aus der Landesförderung herausgenommen. Die gut bewährte Berufseinstiegsbegleitung, die ebenfalls jungen Menschen beim Übergang in den Beruf unterstützte, wurde von der Landesregierung komplett gestrichen. Zusätzlich sind im Mai 2026 45.770 junge Menschen, die auf der Suche nach einer Ausbildung

² Landtag NRW, DS 18/14322

³ Quelle: https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunftsvertrag_cdu-grune.pdf Kapitel Gleichstellung und Frauen

⁴ Landtag NRW, DS 18/14219

⁵ https://nrw.dgb.de/dgb-nrw-fileadmin/dateien/Bilder/Bezirk/Frauen/Frauendatenreport/DGB_Frauenreport_2025_WebVersion.pdf

⁶ Quelle: Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 7426 vom 25. März 2026. Drs. 18/19076.

⁷ Quelle: <https://www.waz.de/politik/article411885924/zehntausende-schulabgaenger-in-nrw-ohne-chance-auf-gute-jobs.html>

waren, nach wie vor unversorgt und der Anteil an gemeldeten Berufsausbildungsstellen sinkt in den letzten vier Jahren kontinuierlich.⁸

NRW hat die höchste Arbeitslosigkeit aller westdeutschen Flächenländer

Mit einer Arbeitslosenquote von 7,9 %⁹ hat NRW sogar eine höhere Arbeitslosenquote als Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Verschärfend kommt hinzu, dass jeden Monat in Nordrhein-Westfalen 2.100 gute bezahlte Industriearbeitsplätze verloren gehen.¹⁰ Die Langzeitarbeitslosigkeit ist in NRW seit Beginn von Schwarz-Grün kontinuierlich weiter angestiegen. Im April waren 328.870 Menschen langzeitarbeitslos.¹¹ Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün heißt es auf Seite 102: "Wir gehen entschieden gegen Langzeitarbeitslosigkeit vor und bauen den Sozialen Arbeitsmarkt landesseitig zielgerichtet aus." Getan hat die Landesregierung nichts. Während die Arbeitslosigkeit in NRW hoch ist, klagen viele Branchen weiter über den Fachkräftemangel. Um den Fachkräftemangel zu begegnen, hat die Landesregierung die Fachkräfteoffensive NRW gestartet. Im letzten Haushalt des MWIKE war die Fachkräfteoffensive dann als eigener Titel gestrichen, jedes Ressort soll die Maßnahmen und Schwerpunkte nun aus eigenen Haushaltsmitteln bewirtschaften.¹² Im Fortschrittsbericht der Landesregierung zur Fachkräfteoffensive steht auf Seite 10: "Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen arbeitet daran, Antworten und Lösungen auf den Mangel an Arbeits- und Fachkräften zu finden. [...] Es werden alle Potentiale gebraucht, um den Wohlstand des Landes zu sichern." Angesichts des hohen Anteils junger Menschen ohne Anschlussperspektive und der aktuellen Arbeitsmarktdaten ist fraglich, inwieweit die Landesregierung alle Potentiale nutzt. Ein erkennbarer Mehrwert der Fachkräfteoffensive gegenüber bereits bestehenden Programmen ist nicht erkennbar.

In NRW wächst jedes vierte Kind in Armut auf

3,2 Millionen Menschen waren 2025 armutsgefährdet. Das entspricht einer Armutsgefährdungsquote von 17,8 %. Kinder und junge Menschen sind dabei überproportional von Armut betroffen. Knapp jedes vierte Kind und jeder vierte junge Mensch unter 18 Jahren wächst in NRW in Armut auf.¹³ Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: "Kinder- und Jugendarmut darf nicht die Chancen junger Menschen verbauen. Um dieser Herausforderung nachhaltig begegnen zu können, werden wir in einem breiten Bündnis von Verbänden, Gewerkschaften, Kommunen sowie Kindern und Jugendlichen einen „Pakt gegen Kinderarmut“ als ressortübergreifendes Aktionsprogramm schmieden." Passiert ist nahezu nichts. Im Vergleich schneidet NRW besonders schlecht ab. Deutschlandweit wächst "nur" jedes siebte Kind bzw. jeder siebte Jugendliche in einem einkommensarmen Haushalt auf.¹⁴

⁸ Quelle: https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Fachstatistiken/Ausbildungsmarkt/Aktuelle-Eckwerte-Nav.html?DR_Gebietsstruktur%3Dbl%26Gebiete_Region%3DBundesland%26DR_Region%3D05000000%26DR_Region_bl%3D05000000%26mapHadSelection%3Dtrue

⁹ Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt im Überblick. Berichtsmontat April 2026.

¹⁰ Quelle: https://rp-online.de/wirtschaft/nrw-industrie-verliert-jeden-monat-2100-jobs-zahl-der-offenenstellen-bricht-ein_aid-140192339

¹¹ Quelle: https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Langzeitarbeitslosigkeit/Langzeitarbeitslosigkeit-Nav.html?Thema%3DZeitreihe%26DR_Gebietsstruktur%3Dbl%26Gebiete_Region%3DBundesland%26DR_Region%3D05000000%26DR_Region_bl%3D05000000%26DR_RK%3Dinsgesamt%26mapHadSelection%3Dfalse

¹² Quelle: Antwort der LR auf die KA 7127. Drs. 18/18049.

¹³ Quelle: <https://www.it.nrw/nrw-32-millionen-menschen-waren-2025-armutsgefaehrdet-128368>

¹⁴ Quelle: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/11/PD25_N065_63.html

Pflegende Angehörige ohne Unterstützung!

Die Situation verschärft sich weiter im Bereich Pflege und Gesundheit. Hier zeigt sich besonders deutlich, wie sehr Vereinbarkeit unter Druck geraten ist. Immer mehr Menschen übernehmen Pflegeaufgaben neben ihrem Beruf. Pflegende Angehörige bleiben aber häufig ohne ausreichende Unterstützung. Ganze Familien sind betroffen, dabei gibt es individuelle Herausforderungen für Pflege im Alter, Eltern, die ihre Kinder pflegen oder Kindern, die ihre Eltern pflegen. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt kontinuierlich stark an: Allein in Nordrhein-Westfalen waren Ende 2023 rund 1,39 Millionen Menschen pflegebedürftig, ein Anstieg von 16,4 % gegenüber 2021. Prognosen gehen davon aus, dass diese Zahl bis 2050 auf rund 1,7 Millionen Menschen anwachsen wird.¹⁵

Pflege-Insolvenzen auf NRWs Tagesordnung

Gleichzeitig verschlechtert sich die Angebotsstruktur: Im Jahr 2025 meldeten 23 Pflegeeinrichtungen Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit. Darüber hinaus wurden landesweit 14 vollstationäre und 15 teilstationäre Einrichtungen sowie 34 ambulante Dienste geschlossen.¹⁶ Diese Situation verschärft sich weiter: Allein im ersten Quartal 2026 haben bereits 15 Pflegeeinrichtungen Insolvenz in NRW angemeldet.¹⁷ Wie das Land gegensteuert, bleibt unklar. Die Investitionskosten für ambulante Pflegedienste bleiben z.B. seit Jahrzehnten unberührt. Das Land scheint nicht der Meinung zu sein, dass hier gehandelt werden müsse.

Wer pflegebedürftig wird, wird in NRW zur Kasse gebeten...

Parallel dazu steigen die Eigenanteile für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen massiv an. In Nordrhein-Westfalen müssen Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner aktuell im ersten Aufenthaltsjahr durchschnittlich rund 3.427 Euro monatlich selbst tragen. Das sind 200 Euro mehr als im Jahr zuvor. Selbst nach Zuschüssen liegen die Eigenanteile im Schnitt weiterhin bei fast 3.000 Euro pro Monat, teilweise werden die Berechnungen des Eigenanteils mit 3.696 Euro noch höher angesetzt.¹⁸ Insgesamt betragen die Gesamtkosten eines Pflegeheimplatzes inzwischen über 5.400 Euro monatlich. Ein Großteil davon wird von den Betroffenen und ihren Familien getragen. Im Bundesdurchschnitt liegt NRW damit in der Spitzengruppe der teuersten Länder.

Profit statt Versorgung: Hausärztemangel verschärft sich

Auch bei der Förderung der hausärztlichen Versorgung geht NRW mit schlechtem Beispiel voran: Der Mangel an ärztlicher Versorgung, insbesondere im hausärztlichen Bereich, verschärft sich zunehmend. In Nordrhein-Westfalen müssen Hausärztinnen und Hausärzte im Durchschnitt mehr als 1.400 Einwohner pro Arzt versorgen. Damit liegt NRW deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Regionale Unterversorgung wird besonders in ländlichen Räumen sichtbar: In Ostwestfalen-Lippe sind derzeit 128 Hausarztsitze unbesetzt, bei Versorgungsgraden teilweise unter 75 %.¹⁹ Eine gezielte Förderung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), insbesondere in kommunaler oder gemeinnütziger Trägerschaft, könnte hier entgegenwirken, bleibt bislang jedoch hinter den Möglichkeiten zurück. Das Land fördert zurzeit auch private Träger, die keine Rücksicht auf die Versorgungslage nehmen (müssen). Dass

¹⁵ <https://www.it.nrw/neue-pflegemodellrechnung-fuer-nrw-bis-2050-wird-jede-zehnte-person-pflegebeduerftig-sein-128221>

¹⁶ Landtag NRW, DS 18/17922

¹⁷ Landtag NRW, DS 18/19357

¹⁸ <https://www.vdek.com/LVen/NRW/Presse/Pressemitteilungen/2025/stationaere-pflege-nrw.html>; Landtag NRW, DS 18/18436

¹⁹ <https://www.stiftung-gesundheit.de/analysen-studien/analysen-versorgungslandschaft/status2024/>

muss ich schnell ändern, weil der Fokus Medizinischer Versorgungszentren auf die Gesundheitsversorgung vor Ort gelegt werden sollte.

Seelische Erkrankungen: NRW lässt Hilfsbedürftige im Stich

Fast jeder zweite Mensch in Deutschland entwickelt im Laufe seines Lebens eine behandlungsbedürftige, seelische Erkrankung. Alle anderen werden im Laufe des Lebens als Angehörige betroffen sein. Dies hat nicht nur für die Betroffenen und ihre Angehörigen weitreichende Folgen: Seelische Erkrankungen zählen inzwischen zu den häufigsten Ursachen für Arbeitsunfähigkeit. Gleichzeitig betragen die direkten und indirekten Kosten, die durch seelische Erkrankungen entstehen, 5 % des Bruttoinlandsprodukts. Doch während der Bedarf an Hilfe ungebrochen weiter wächst, müssen Betroffene noch immer monatelang auf einen Therapieplatz warten – im Schnitt zwischen drei und fünf Monaten.²⁰ Auch die Zahl der kassenärztlichen Sitze wird dem Behandlungsbedarf bei Weitem nicht gerecht. Dabei konzentriert sich die Unterversorgung vor allem auf ländliche Regionen und strukturschwache Gebiete. Es bedarf dringend einer Kraftanstrengung zur Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention, bevor eine Behandlung überhaupt erst notwendig wird. Die Landesregierung muss die seelische Gesundheit endlich zur Priorität ihres Regierungshandelns erklären.

Einsamkeitsbekämpfung: In NRW kaum mehr als Symbolpolitik

Auch Einsamkeit wird immer stärker zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem. Die Landesregierung beschränkt sich in ihrer Politik zur Bekämpfung von Einsamkeit bislang auf symbolische Maßnahmen und Initiativen zur Verbesserung von individueller Einsamkeit. Eine kohärente Strategie, die jedoch die strukturellen Ursachen von Einsamkeit systematisch adressiert, fehlt hingegen vollständig. Dabei trifft Einsamkeit nicht alle Menschen gleich. Alleinerziehende, pflegende Angehörige, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationsgeschichte sowie Menschen mit geringem Einkommen und ihre Kinder, sind in besonderem Maße betroffen. Dabei hat die Einsamkeit unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen seit der Pandemie deutlich zugenommen und ist seither sehr weit verbreitet.²¹ Eine aktuelle Studie unter Grundschulkindern im Ruhrgebiet kommt zu dem Ergebnis, dass sich bereits rund 12 Prozent der Grundschul Kinder oft oder immer einsam fühlen.²² Wer diese Gruppen wirklich schützen will, muss die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Blick nehmen, die die Entstehung von Einsamkeit begünstigen. Eine fehlende wirksame Bekämpfung von Kinderarmut, unzureichende Investitionen in Bildungsgerechtigkeit und die fehlende gezielte Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher konterkarieren jeden Ansatz, Einsamkeit nachhaltig zu überwinden.

Kürzungen statt Ausbau: Integrationsinfrastruktur wird geschwächt

Auch im Bereich Integration zeigen sich gravierende Schwächen. Statt die angekündigte Stärkung der Integrationsarbeit in NRW umzusetzen, werden Mittel teilweise deutlich heruntergefahren. Insbesondere im Bereich des Ankommens, also der Unterbringung und Beratung von Geflüchteten, wurden die Mittel von ursprünglich 35 Millionen Euro auf aktuell 17,9 Millionen Euro gekürzt. Betroffen ist vor allem die soziale Beratung. Die soziale Beratung umfasst Sozialberatungsstellen in Landeseinrichtungen, Psychosoziale Zentren außerhalb der Einrichtungen, Ausreise und Perspektivberatungsstellen, Asylverfahrensberatung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete und überregionale Fachbegleitungen.

²⁰ <https://www.klinikkosten.de/tabellen/psychotherapie-wartezeiten/>

²¹ <https://www.aerzteblatt.de/news/einsamkeit-unter-jugendlichen-massenphaenomen-und-schambe-setzt-b33fdbe0-062c-4523-ad33-f25b9692db0a>

²² <https://sozialstiftung.nrw/news/neue-studie-schon-grundschulkind-leidet-unter-einsamkeit>

Diese Kürzungen treffen besonders vulnerable Gruppen wie traumatisierte Geflüchtete oder Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Beratung durch komplexere Verfahren. Kernangebote, die laut Koalitionsvertrag gestärkt werden sollen, werden massiv geschwächt. Dabei ist die Phase des Ankommens und der Orientierung besonders wichtig für eine schnelle und erfolgreiche Integration.

Die Schwächung der Integrationsinfrastruktur wird auch in anderen Bereichen fortgesetzt. Die Landesregierung hat zwei Jahre in Folge die im Teilhabe- und Integrationsgesetz festgeschriebene Dynamisierung für eben diese Infrastruktur ausgesetzt und somit nicht nur ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag gebrochen, sondern auch das Gesetz missachtet. Kommunen, Träger, Migrantenselbstorganisationen, landespolitische Gremien und Vereine sind die leidtragenden dieser Sparpolitik. Eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts bedarf ebensolcher starker Strukturen, die ausgebaut und nicht geschwächt werden dürfen.

Grundsätzlich fehlt es an einer übergreifenden Strategie: soziale, integrationspolitische, gesundheitliche und arbeitsmarktpolitische Aspekte werden nicht systematisch zusammengeführt.

II. Der Landtag stellt fest,

- dass die ambitionierten Ziele der Schwarz-Grünen Landesregierung deutlich verfehlt wurden und
- dass Nordrhein-Westfalen zurück an die Spitze der deutschen Länder muss.

III. Der Landtag beschließt:

1. Nordrhein-Westfalen soll bald wieder ein Land sein,
 - in dem Vereinbarkeit möglich ist,
 - in dem sich Lohnungleichheiten nicht fortsetzen,
 - in dem junge Menschen eine Anschlussperspektive erhalten,
 - in dem auch Langzeitarbeitslose eine echte Chance erhalten,
 - in dem Kinderarmut wirksam und aktiv bekämpft wird,
 - in dem in unser Gesundheitswesen investiert und nicht kaputtgespart wird,
 - in dem Pflegebedürftigkeit kein Armutsrisiko ist,
 - in dem Einsamkeit und ihre strukturellen Ursachen wirksam bekämpft werden,
 - in dem sich Menschen wohl und nicht seelisch krank fühlen,
 - in dem Menschen gut aufgenommen werden und ankommen können,
 - in dem Integrationsmaßnahmen gestärkt werden,
 - in dem der gesellschaftliche Zusammenhalt im Mittelpunkt steht.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine umfassende Kurskorrektur in der Arbeits-, Sozial-, Integrations- sowie Gesundheitspolitik vorzunehmen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Dr. Dennis Maelzer
Thorsten Klute
Lena Teschlade
Anja Butschkau
Volkan Baran

und Fraktion